

BRIEF

# aus dem Nationalrat



**Leo Müller**  
CVP, Ruswil

Die neue Legislatur des Eidgenössischen Parlaments ist zwei Monate alt. Die markanten Veränderungen bei den Herbstwahlen und die damit verbundenen Sitzverschiebungen sind im Moment

## Herausforderungen gemeinsam meistern

noch nicht spürbar, aber das ist nur eine Frage der Zeit. Die Sitzverluste der Rechten und der Zugewinn von 25 Sitzen der Grünen und der Grünliberalen im 200-köpfigen Nationalrat hat auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Kommissionen. Die Geschäfte, die ab jetzt in den Kommissionen beraten werden, werden anders aus diesen herauskommen als vor den Wahlen.

Zu Beginn einer Legislatur muss im Hintergrund grosse Arbeit geleistet werden, damit der Parlamentsbetrieb nach dem Neustart wieder gut funktioniert. So markante Veränderungen bewirken, dass die Sitzordnung im Nationalratssaal zur Diskussion gestellt wird, d.h. dass sich die Frage stellt, welche Fraktion welchen Bereich im Halbrund zugeteilt erhält. Weiter bildet sich die Veränderung der Anzahl Nationalratssitze auf die Zusammensetzung der Kommissionszusammensetzung aus. So sind die Grünen und Grünliberalen in den Kommissionen gestärkt worden. Ebenso erhalten diese Parteien Präsidiien und Vizepräsidiien von Kommissionen. All das wurde unter den Fraktionschefs während der Wintersession ausgehandelt und am Schluss hat das Büro des Nationalrats diese Vorschläge abgesegnet. In meiner interimistischen Funktion habe ich dies mitgestalten und mitprägen können. Das war sehr anspruchsvoll, interessant und lehrreich. Dazu war grosses Verhandlungsgeschick nötig. Eine gute Sache, die ich gerne gemacht habe. Nun sind die Strukturen für vier Jahre festgelegt und die Arbeit kann beginnen.

An Herausforderungen fehlt es nicht: Revision der Altersvorsorge, d.h. der AHV (1. Säule) und des BVG (2. Säule); Klima- und Energiepolitik; Bekämpfung der Kostensteigerung im Gesundheitswesen; Regelung des Verhältnisses zu Europa, und einmal mehr: Steuerfragen.

Bereits bei der Altersvorsorge ist die Ausgangslage verzwickelt. Eine erste Auflage dieses Revisionsprojektes – die Altersvorsorge 2020 – scheiterte im September 2017 an der Urne. Insbesondere hat der Arbeitgeberverband diese damalige Revision mit Vehemenz bekämpft, weil die AHV-Rente wegen der Kürzung der Rente in der zweiten Säule hätte um 70 Franken erhöht werden sollen. Jetzt macht der gleiche Arbeitgeberverband zusammen mit den Linken einen Vorschlag, wonach die Rente in der zweiten Säule um 200 Franken ansteigen soll. Das Ganze kostet eine Milliarde mehr als das die erste Vorlage gekostet hätte. Wo ist da die Glaubwürdigkeit? Da den Ausweg zu finden ist wohl anspruchsvoll.

Auch sind wichtige Entscheide für die Umsetzung des Pariser Klimaab-

kommens zu treffen. Dazu gehört die Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Dieses ist im ersten Umgang im Nationalrat – noch vor den Wahlen 2019 – abgestürzt, was meiner Meinung nach den Vorwurf ans Parlament eintrug, es handle nicht. Das wiederum provozierte die jüngere Generation, worauf prompt die Klimastreiks folgten. Ja, und das hat sich auf die Herbstwahlen ausgewirkt.

Nicht minder herausfordernd ist die Tatsache, dass die Kostensteigerung im Gesundheitswesen in den Griff gekriegt werden muss. Bereits heute machen die Kosten des Gesundheitswesens in der Schweiz rund 12 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung aus. Es wird immer schwieriger, dass für Familien und den Mittelstand die Prämien tragbar bleiben. Hüben wie drüben fehlt es hier an einem Patentrezept zur Lösung.

Ebenso ist die Gestaltung des Verhältnisses zu Europa anspruchsvoll. Wir können am 17. Mai an der Urne abstimmen, ob der Personenfreizügigkeitsvertrag mit der EU gekündigt werden soll oder nicht. Danach stellt

sich die Frage, wie beim Rahmenvertrag weiterzugehen ist.

Als ob das alles nicht genug wäre: Die OECD und die G20-Staaten wollen das internationale Steuersystem umkrepeln. Es sollen Mindeststeuersätze eingeführt werden und die Besteuerung der Leistungen soll vermehrt am Markort erfolgen und nicht mehr am Produktionsort. Die Schweiz würde damit einerseits an Wettbewerbsfähigkeit verlieren und andererseits Steuerausfälle hinnehmen müssen.

Alle diese Projekte sind herausfordernd. Es ist zu hoffen, dass wir in der schweizerischen Politik von der Blockadepolitik – wie wir sie in der vergangenen Legislatur erlebt haben – wegkommen und wieder vermehrt das Miteinander pflegen können, um zu Lösungen zu kommen.

Es braucht grosse Anstrengungen und ein geschicktes Vorgehen, um in diesen grossen Themen gute Lösungen für unsere Leute und unser Land zu finden. Ich freue mich, in dieser Legislatur bei diesen Baustellen «mitbauen» zu können.